



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus
Friedensplatz 1, 44122 Dortmund
Fon: 0231 - 5022078
Fax: 0231 - 5022094
www.gruene-do.de

**An die Medien
Dortmund**

13.05.08

PRESSEMITTEILUNG

Bundesregierung bleibt bei Schulstartpaket für ALG-II-Kinder untätig - Kommunaler Lehrmittelfonds im Haushaltsantrag vorgesehen

Die Bundesregierung plant absehbar keine Schulstartpakete für Schulanfänger aus Familien, die Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen.

Das hat der GRÜNE Bundestagsgeordnete **Markus Kurth** nun in der Antwort auf eine mündliche Anfrage erfahren. Konkret heißt es in der aktuellen Antwort des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: „Im Zusammenhang mit Leistungen für den Schulbedarf werden Überlegungen angestellt, ob und gegebenenfalls wo zusätzliche Hilfen geleistet werden können. Die Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen.“

Markus Kurth: „Das Überlegen dauert nun schon fast ein dreiviertel Jahr. Konkret passiert ist seit dem nichts. Damit rückt die bereits im Herbst des letzten Jahres vom Ministerium angekündigte Einführung einer solchen Unterstützung wenige Wochen vor Beginn des neuen Schuljahres in weite Ferne. Nach der Antwort des Ministeriums ist unklarer denn je, ob daraus überhaupt was wird. Die Bundesregierung scheint das Problem einfach aussitzen zu wollen. Das ist tragisch für die vielen betroffenen Familien und Kinder. Denn die aktuellen Regelsätze beim ALG-II und in der Sozialhilfe geben die Einschulungs-Kosten nicht her.“

Für die GRÜNEN im Rat hat diese Untätigkeit der Bundesregierung Konsequenzen.

Birgit Unger, sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN:

„Weil wir das Problem vieler einkommensschwacher Familien kennen, haben wir uns im Haushaltsantrag im Dezember bewusst auf die angekündigten Verbesserungen des Bundes bezogen. Diese Ankündigungen erweisen sich nun als heiße Luft. Das Problem der mangelnden Schulausstattung für viele Kinder aber bleibt. Alleine in Dortmund werden im nächsten Schuljahr ca. 1700 Kinder aus einkommensschwachen Familien eingeschult, die große Probleme mit der Finanzierung einer angemessenen Schulausstattung haben. Die Bundesregierung lässt sie mit ihrer Untätigkeit im Stich und wälzt damit auch die finanzielle Verantwortung für einen erfolgreichen Schulstart auf die Städte ab. Um die Familien und ihre Kinder trotzdem nicht mit der Situation alleine zu lassen, haben wir im Haushaltsantrag für diesen Fall die Einrichtung eines kommunalen Lehrmittelfonds vorgesehen. Den Schulen sollen dabei Mittel zur Ausstattung mit Schulmaterialien - Tornister, Hefte, Stifte - für die betroffenen Kinder zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung muss für die Einrichtung eines solchen Fonds nun die entsprechenden Vorbereitungen treffen.“

Allerdings, so **Birgit Unger**, steht und fällt die Umsetzung wie bei vielen anderen sozialen Maßnahmen mit der nach wie vor fehlenden Unterschrift des Regierungspräsidenten unter den städtischen Haushalt.

„Wenn Herr Diegel nicht langsam die Blockade des Haushalts aufgibt, ist der Lehrmittelfonds der nächste Sozial-Skalp, den er sich an seinen Gürtel binden kann. Stolz sollte er darauf nicht sein. Denn die Leidtragenden sind in diesem Fall viele Kinder in unserer Stadt.“